

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. | Dreiring-Cacao.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Bauschätze
verkauft. Die Dresdner Bau- und Holzhandlung hat sich zum Zweck der Beschaffung von Bauschätzen für die Bauverwaltung in Dresden gegründet. Die Bauverwaltung hat sich zum Zweck der Beschaffung von Bauschätzen für die Bauverwaltung in Dresden gegründet. Die Bauverwaltung hat sich zum Zweck der Beschaffung von Bauschätzen für die Bauverwaltung in Dresden gegründet.

Angenehm-Zeril
Kosmetik. Die Kosmetik-Fabrik hat sich zum Zweck der Beschaffung von Kosmetika für die Bauverwaltung in Dresden gegründet. Die Kosmetik-Fabrik hat sich zum Zweck der Beschaffung von Kosmetika für die Bauverwaltung in Dresden gegründet.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.

RAUM KUNST
Raumkunst
DRESDEN, Viktoriastraße 5/7.
Wohnungseinrichtungen
in allen Preislagen. = = = =
Orientalische und deutsche Teppiche.

Wettin-Gartenschläuche
sind die besten.
Summi- und Asbest-Compagnie
Reinhard Fiebler & Böttger
Telefon I. 1261. Wettinerstr. 16, nächst dem Theat.

Haut-Bleichereme
„Chloro“ bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit von selbst. Wirksam gegen alle Hautkrankheiten. Depot und Versand: Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Hahn Nachf. Inhaber: **Hofphotogr.** Dresden-A. Ferdinandsstrasse 11.

12 Viol 6 Mk. Höchste Auszeichnungen auf nationalen und internationalen Ausstellungen.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Witterung: Warm, vorwiegend heiter. Die Vorstände sämtlicher großen Landesorganisationen des Mittelstandes versammeln sich am Sonntag in Leipzig zu einer Kundgebung des sächsischen Mittelstandes zur Reichsfinanzreform.

Der Reichstag erledigte gestern die Interpellationen betreffend die medienburgische Verfassungsfrage; heute stehen die Steuervorlagen auf der Tagesordnung.

Gleichzeitig mit den Erlassesteuervorlagen hat die Regierung dem Reichstag eine Denkschrift betr. die reichsrechtliche Einführung einer Wertzuwachssteuer auf Immobilien zugehen lassen.

Die 15. Hauptversammlung der Vertreter deutscher Zeitungsverleger ist gestern in München eröffnet worden.

Fürst Eulenburg hat gegen den Beschluß des Landgerichts, der die Höhe der Kaution auf 500 000 Mark festgesetzt hat, Beschwerde erhoben.

Die Beschlußkammer des Berliner Landgerichts I hat die Erhebung der öffentlichen Anlage gegen den Wirtl. Geh. Legationsrat Dr. Hamann angeordnet.

In Altwasser (Schlesien) ist eine Typhusepidemie ausgebrochen.

Aus Tirol und dem Salzburgerischen wird starker Schneefall gemeldet.

Zur Gründung des Hansa-Bundes.

Mit größter Spannung blickt das deutsche Volk auf den Reichstag, der heute in den entscheidenden Verhandlungsabschnitt über die Finanzreform eintritt. Leider erscheint heute, angesichts einer im bewußten und gewollten Gegensatz gegen die seit 16 Jahren bestehende landwirtschaftliche Interessenvertretung geschaffenen Organisation von Gewerbe, Handel und Industrie die Nation gleichsam in zwei feindliche Heerlager gespalten. Damit ist die Gefahr einer weiteren Verschärfung der bevorstehenden Kämpfe in bedrohliche Nähe gerückt, und eine außerordentlich schwere Verantwortung ist denen auferlegt, die durch das Vertrauen ihrer Fürsten oder durch das Vertrauen des Volkes berufen sind, an der Entscheidung mitzuwirken. Es ist vorauszusetzen, daß der Verlauf der Abwechselfammlung vom 12. Juni und ihr Ergebnis, sowie die nächsten Reichstagsdebatten in der ausländischen Presse lebhaft erörtert werden. Der Versuch wird nicht fehlen, die jüngsten Vorgänge als Symptome einer fortschreitenden Entfremdung und Verblüdung innerhalb der verschiedenen Bevölkerungsklassen und Erwerbshände des Deutschen Reiches auszubilden, um mit solcher Darstellung die nationale Kraft und Geschlossenheit des deutschen Volkes zu diskreditieren. Aber derartige Versuche sind aussichtslos, ebenso wie gewisse Hoffnungen, die auf diese Weise neu belebt werden könnten. In Deutschland würde aller häusliche Streit in dem Augenblick vergessen und vergeben sein, wo ein äußerer Feind den Frieden des Reiches stören und seine Sicherheit gefährden wollte. In diesem Reiche fühlen sich alle wohl, ob sie auf eigener Scholle stehend den Unterhalt erwerben oder draußen über See dem Gewinn nachgehen, ob sie in mächtigen, modernen Industriebetrieben oder in den Arbeitsstätten des Handwerks und des Kleingewerbes den Wohlstand der Nation erhalten und mehren helfen. Sie alle sind im letzten Menschenalter in erfreulicher Weise vorwärts gekommen, sie alle sind ausnahmslos dem Reiche und denjenigen verpflichtet, die es geschaffen und auf eine gesunde Grundlage gestellt haben.

Dieser gesunden Grundlage, die den fruchtbarsten Boden und die treibende Kraft hergegeben hat für Deutschlands politische und wirtschaftliche Erstarkung, droht ernste Gefahr. Wirtschaftliche Gegenkräfte sollen jetzt in politische umgewandelt, bewährte Verbindungen gelöst, materielle, soziale und kulturelle Interessen, die nur eine behutsame, im Vermitteln geschickte und geliebte Hand gegeneinander ausgleichen und dem Gemeinwohl dienlich machen kann, schroff und feindlich gegenübergestellt werden. Die Bund der Landwirte! Die Hansa-Bund! Der neue Hansa-Bund ist ein Kind des Kampfes um die Reichsfinanzreform. Aber seine eigentliche Geburtsstunde liegt viel weiter zurück. Es ist eine bekannte, bei Erörterungen über wichtige Fragen der Handelspolitik, der Sozialpolitik, der Sozialpolitik seitens der Staatssekretäre Graf von Potadowsky-Wehner und von Bethmann-Hollweg wiederholt beklagte Tatsache, daß die Interessen von Handel und Industrie, Bankwelt und Schifffahrt im Reichstage nicht

so vertreten sind, wie es der Bedeutung dieser Stände für die deutsche Nationalwirtschaft entspricht. Wiederholt hat, namentlich unter dem Druck einer sich überstürzenden und die Existenzfähigkeit zahlloser, besonders kleinerer Unternehmungen gefährdenden sozialen Gesetzgebung der Gedanke einer politischen Organisation des Unternehmertums, die auf eine angemessene Vertretung und Wahrnehmung der Interessen der gewerblichen Arbeitgeber in Gesetzgebung und Verwaltung hinzuwirken hätte, die beteiligten Kreise beschäftigt. In einem praktischen Niederschlag solcher Ideen ist es indessen bisher nicht gekommen. Was sich jetzt als Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie präsentiert, acht nach Anlage, Charakter und Zweck aber weit über die Ziele hinaus, die für den Gedanken einer Interessengemeinschaft des Unternehmertums früher bestimmend waren. Hier war vorwiegend an eine Abwehr der immer drückender werdenden, die Konkurrenzfähigkeit immer mehr unterbindenden sozialpolitischen Lasten gedacht, aber der feste Boden einer engen Verbindung zwischen Industrie und Landwirtschaft sollte nicht verlassen werden, konnte auch schwerlich verlassen werden, da die schutzollnerische Großindustrie vielfach den konservativen Parteien sehr nahe steht. Andererseits unterhält die Holzzeug- und Bergbauindustrie nahe Beziehungen zu den liberalen Parteien. Ein solcher Unternehmerverband hätte also niemals, wie es der Bund der Landwirte tatsächlich geworden ist, eine wirtschaftspolitische Partei im engeren Sinne werden können. Ob sich aber der neue Hansa-Bund diesem Entwicklungsgange entziehen kann und entziehen will, ist eine andere Frage. Wohl finden sich auch im Hansa-Bunde verschiedene parteipolitische und wirtschaftspolitische Richtungen vertreten. Da stehen Schutzollner neben Freihändlern, konservative neben Nationalliberalen und Freisinnigen, begeisterte Anhänger neben Gegnern der sozialen Gesetzgebung. Es darf billigerweise bezweifelt werden, ob es so leicht gelingen wird, diese divergierenden Tendenzen dauernd auf einer mittleren Linie zu vereinigen. Das doch der Vorsitzende der Versammlung, Geheimrat Dr. Nieber, ehemals Direktor der Bank für Handel und Industrie, selbst nicht unangekündigt gelassen, daß verschiedene Richtungen in der Vereinigung vorhanden sind, und daß die positive Arbeit, die der Bund zu leisten haben wird, vor allem auch der Ausgleichung dieser Gegenkräfte gewidmet sein soll.

Die Zugehörigkeit zahlreicher Korporationen, die dem Mittelstande nahe stehen oder schlechthin als Vertreter der mittelständischen Erwerbsklassen anzusehen sind, kann diese Aufgabe nicht erleichtern. Die Absicht gemeinsamer Gegenwehr, das Gefühl gemeinsamer Beorganisse haben diese nach Stellung und Einfluß, nach Verdienst und Vermögen, nach Beschäftigung und Lebenshaltung so verschieden gearteten Kreise zusammengeführt. Aber auf die Dauer werden sich die Schwierigkeiten kaum überwinden lassen, die sich aus der Gegenüberstellung von Unternehmern und Angestellten, Handwerkern und Kaufleuten, kaufmännischen Angehörigen und gewerblichen Arbeitern ergeben. Die rund 300 000 Angehörigen der vereinigten Innungsverände Deutschlands, die Bankbeamten, das Heer der kaufmännischen Angestellten, die gegen einen geringen Betrag Aufnahme in den Bund finden sollen, stellen gegenüber der verhältnismäßig geringen Zahl der Industriellen, Kapitalisten und Bankleute, die ihrerseits ein starkes wirtschaftliches Schwergewicht hinter sich haben, eine erdrückende numerische Uebermacht dar. Früher oder später werden sich diese Massen ihrer Macht bewußt werden und nach Verächtlichmachung ihrer besonderen Forderungen verlangen. Dann wird sich wahrscheinlich sehr bald herausstellen, daß die Interessen der im Hansa-Bunde vereinigten nichtagrarischen Volkskreise doch sehr viel weiter auseinandergehen, als dies z. B. innerhalb des Bundes der Landwirte der Fall ist. In diesem haben sich in feiner, zielbewußter Disziplin weite Wählerkreise, auch wenn ihr Interesse, wie beispielsweise in der Frage der allgemeinen Nachlasssteuer, praktisch nicht in Frage kommt, zum größten Teile dem Willen der Führer untergeordnet. Der Bestand der neuen Organisation von Gewerbe, Handel und Industrie wird also davon abhängen, ob auch in ihr die Massen zu einer solchen Einheitlichkeit zu bringen sein werden. Ist es der Fall, dann muß der Ausschluß der städtischen und gewerblichen Mittelstandskreise an eine Interessengemeinschaft, in der Großindustrie und Großkapital bestimmenden Einfluß haben, schließlich auch bei den Reichstags- und Landtagswahlen, für die ja der Hansa-Bund eine besonders

energische Aktion entfalten will, zum Ausdruck kommen. Daß dies nur, sofern in den Parlamenten der Kampf gegen agrarische Einseitigkeiten und Ueberaristokratie wirksam geführt werden soll, im Gegensatz zu den konservativen Fraktionen geschehen kann, liegt auf der Hand, und so dürfte der neue Bund, wenn er sich lebensfähig erweist und die Ziele wirklich verfolgt, die er jetzt ankündigt, notwendigerweise politisch in die liberale und wirtschaftlich in die freihändlerische Richtung hinein gedrängt werden.

Eine solche Entwicklung wäre im Interesse der Erhaltung der bewährten Grundlagen unseres Wirtschaftslebens, das sich seit der Herrschaft der Schutzollpolitik einer Blüte erfreut wie nie zuvor, aufs tiefste zu beklagen. Wir gingen dann vielleicht ähnlichen Kämpfen entgegen, wie sie in England seit der Gründung der Chamberlainischen Tarifreform-Liga an der Tagesordnung sind und demnächst zum Austrag gebracht werden dürften. In einer Zeit aber, wo alle Kulturstaaten in einer Verstärkung des Schutzes für ihre heimische Arbeit eine wesentliche Aufgabe ihrer Wirtschaftspolitik erblicken, könnte sich Deutschland der Durchbrechung seines Schutzollsystems nicht aussetzen, ohne Gefahr zu laufen, daß andere Nationen aus den deutschen Märkten größeren Vorteil ziehen als das deutsche Volk selbst. Aber noch bedenklicher wäre ein anderes. Der Vorsitzende der Versammlung warf in seiner einleitenden Rede in scherzhaftem Tone die Frage auf: „Wo ist die Regierung?“ und ließ dann bei der Begründung des zweiten Teils der Resolution die etwas spöttisch klingende Bemerkung folgen, daß die Regierung nicht tun kann, was sie will, selbst wenn sie etwas alles tun will, was sie kann. Wie aber denkt sich Geheimrat Nieber die Stellung der Regierung unter der Herrschaft von zwei mächtigen, einander bis auf Messer Bekämpfenden Wirtschaftsorganisationen? Das wäre ein Zustand, in dem die Regierung entweder in einer vermittelnden Tätigkeit ihre Kräfte erschöpfen oder aber sich bald der einen, bald der anderen Macht auf Gnade und Ungnade ergeben müßte. In jedem Falle würde die Autorität der Regierung schwer geschädigt werden, und sie würde nicht mehr in der Lage sein, es sei denn, daß sie einen Kampf aller gegen alle entfesseln wollte, pflichtgemäß ihren Standpunkt, der den Gesamtinteressen gerecht werden soll, wirksam zur Geltung zu bringen. Der Hansa-Bund kann im gegebenen Augenblick, so jetzt an der Seite der Regierung im Kampfe für eine allgemeine Verbrauchssteuer, eventuell den von ihm vertretenen Interessentengruppen wertvolle Dienste leisten, er kann vielleicht dazu beitragen, daß das Interesse des deutschen Bürgertums an den politischen Dingen vertieft und dauernd rege erhalten wird, er kann, wenn es not tut, in allgemeinen nationalen Fragen, wie es der Stotterverein getan hat, Aufklärungs- und Werbearbeiten leisten, aber seine Leiter werden niemals außer acht lassen dürfen, daß das Deutsche Reich zur Erhaltung seiner Wehrkraft, seiner Bündnisfähigkeit, seiner Kaufkraft und seiner Volksernährung einer kräftigen, gesunden Landwirtschaft nicht entraten kann.

Neueste Drahtmeldungen vom 15. Juni.

Zur Reichsfinanzreform.
Berlin. (Priv.-Tel.) Gleichzeitig mit den Erlassesteuervorlagen hat die Regierung dem Reichstage eine Denkschrift betr. die reichsrechtliche Einführung einer Wertzuwachssteuer für Immobilien zugehen lassen. Als Gesamtergebnis der Erwägungen stellt die Denkschrift fest: 1. Die Weiterentwicklung des unveränderten Zuwachses ist an sich berechtigt und für die Gemeinden sehr geeignet. 2. Einer Beteiligung des Reiches stehen gewisse Bedenken infolgedessen entgegen, als eine Rücksichtnahme auf die Gemeindefinanzinteressen im wünschenswerten Umfang und eine gleichmäßige Heranziehung von Stadt und Land schwer möglich ist, auch ein einigermaßen beträchtliches und gleichmäßiges Einkommen nicht erwarten läßt. 3. Für die Zwecke der gegenwärtigen Reichsfinanzreform kann die Ausbarmadung dieser Steuergattung jedenfalls nicht in Frage kommen, weil sie zurzeit in der Praxis und Wissenschaft noch zu wenig geklärt ist, als daß innerhalb der für die Finanzreform zu Gebote stehenden Frist die Vorarbeiten für eine gesetzliche Regelung beendet werden könnten.

Deutscher Reichstag.
Vortagung am dem Abendblatte.
Berlin. (Priv.-Tel.) Abg. Bachmide (Freil. Bdg.) begründet die Interpellation der Freisinnigen und Nationalliberalen betreffend die medienburgische Verfassungsfrage. Die Kundgebung des Grobher-

von Hausputz zur „wetterfesten Isolierfarbe“
Friedrich & Glöckner, Dresden-A. 29.

Die
sich
46.